

schließen“, das heißt nach Entfernung hochaktiver und „endzulagernder“ Materialien den Rest lediglich mit einer Schutzhülle umgeben und Jahrzehnte bis Jahrhunderte stehen lassen. Die Kommission empfiehlt dagegen, diese Wahlmöglichkeit abzuschaffen und auf einem „unverzöglichen Rückbau“ zu bestehen. Beim vollständigen Rückbau werden derzeit 95 Prozent der ebenfalls noch radioaktiv belasteten Abrißmaterialien „freigemessen“ und zum Recycling und zur Ablagerung auf normalen Hausmülldeponien in die Umwelt freigesetzt. Allein auf dieser Vorgabe beruhen alle Kostenkalkulationen.

Eine den Grundsätzen des Strahlenschutzes entsprechende Alternative zur Freigabepraxis ist die „oberflächenna-

he Endlagerung“ dieser Materialien zusammen an nur einem Ort, ähnlich wie das in Frankreich praktiziert wird. Das würde der Kommissionsvorgabe eines „unverzöglichen Rückbaus“ ebenfalls genügen.

Die Anti-AKW-Organisation „ausgestrahlt“ prognostizierte, daß der geplante Atommüll-Fonds maximal die Hälfte der Kosten für Transport und Lagerung des Atommülls abdecken wird. Nach den Berechnungen eines „Stresstests“ im Auftrag des Wirtschaftsministeriums würden sich die Kosten schließlich auf mehr als 120 Milliarden Euro summieren. Diese Summe könne der Fonds selbst mit dem geforderten Risiko-Aufschlag niemals erwirtschaften. [1]

Die Kommission sei bei dem Versuch gescheitert, das Verursacherprinzip durchzusetzen, erklärte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Obwohl gesetzlich klar geregelt ist, dass die AKW-Betreiber die Folgekosten der Atomkraftnutzung tragen, werden sie jetzt aus der umfassenden Haftung entlassen“, so der BUND-Vorsitzende Hubert Weigert. Jetzt räche sich, daß die Politik eine aktive Sicherung der Atom-Rückstellungen versäumt habe. [2] Th.D.

1. Die Kosten für den Abriss der AKW und die Lagerung des Atommülls belaufen sich nach Angaben der AKW-Betreiber auf 47 Milliarden Euro – zu Preisen von 2014. Bis 2099 wächst diese Summe laut „Stresstest“ des Bundeswirtschaftsministeriums

durch Inflation und nuklearspezifische Kostensteigerungen auf 182 Milliarden Euro an. Davon entfällt voraussichtlich ein Drittel auf Abriss und Verpackung sowie zwei Drittel auf Atommüll-Lagerung und -Transporte.

Eine aktualisierte Infografik von „ausgestrahlt“ zur voraussichtlichen Entwicklung der Atom-Rückstellungen bei verschiedenen Zinsszenarien sind zu finden unter: <http://bit.ly/1VVvV6R>

2. vgl. Swantje Küchler, Bettina Meyer, Rupert Wronski, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V.: „Atomrückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung – Kostenrisiken und Reformvorschläge für eine verursachergerechte Finanzierung“, Studie im Auftrag des BUND, Berlin Okt. 2014, im Internet zu finden unter

www.bund.net/pdf/atomrueckstellungen_studie

Atomwirtschaft

Schweiz: Der Staat soll unrentable Kraftwerke kaufen

Strategiepapier der AKW-Lobby sagt, wie das durchgesetzt werden soll.

Ein Lobbying-Konzept im Auftrag des Schweizer Stromkonzerns Alpiq ist der Baseler Zeitung zugespielt worden. [1] Die Echtheit ist verbürgt. Das „Public Affairs Konzept 2016“ trägt das Datum 25. Februar 2016 und den Vermerk „Entwurf! Vertraulich“. Der Lobbyist Dominique Reber von der PR-Agentur „Hirzel.Neef.Schmid.Konsultanten“ in Zürich schickte es, der Baseler Zeitung zufolge, am selben Tag an Michael Wider, Geschäftsleitungsmitglied von Alpiq und Stellvertreter von Alpiq-CEO Jasmin Staiblin. Dieser ist Mitglied im Verwaltungsrat der Kernkraftwerk Leibstadt AG und gleichzeitig Vorstandsmitglied von Swisselectric, dem Lobbyverband der großen Stromkonzerne.

Das 15 Seiten umfassende Papier führt demnach detailliert auf, wie Politiker, Hochschulen, Wirtschaftsverbände und

Journalisten für eine Kampagne eingespannt werden sollen. Ziel ist, „durch geeignete politische Maßnahmen sicherzustellen, dass die Betriebsrechnung in den Bereichen Wasserkraft und Kernkraft schnellstmöglich wieder positiv ist“. Es sei ein Drehbuch, wie Alpiq Verluste aus der Stromproduktion dem Staat aufbürden könnte, wird erklärt.

In dem Konzept wird demnach als Erfolg vermerkt, dass es Alpiq in „über zwei Jahren intensiver Lobbyarbeit gelungen“ sei, die Förderung der Wasserkraft „gegen Wunsch und Willen von Bundesrat und Behörde via Parlament mehrheitsfähig in die Energiestrategie 2050 aufzunehmen“. Ein vom schweizerischen Nationalrat eingefügter Gesetzesartikel bewirkt neue Subventionen an Stauseebetreiber in Höhe von 120 Millionen Franken pro Jahr. Das Papier

empfiehlt, jetzt in die „zweite Phase“ bezüglich der nicht rentablen Atomkraftwerke einzusteigen. Zwar müsse bis zur Schlussabstimmung im Parlament im Juni 2016 der Ball flach gehalten werden, um das Erreichte nicht zu gefährden. Aber „eine Problembewirtschaftung“ könne „durchaus beginnen“.

Das Konzept empfiehlt also zunächst Zurückhaltung, Die Entscheidungsträger müssten das Problem zuerst anerkennen, erst danach könne über mögliche Lösungen gesprochen werden. Während bei der Wasserkraft das Problem bekannt sei, wisse das bei der Kernenergie noch niemand, denn die Stromkonzerne hätten der Politik jahrelang gesagt, dass „Kernenergie unproblematisch ist und nicht diskutiert werden muss.“ Dies müsse nun aber geändert und die „wirkliche kommerzielle Situation“ dargestellt werden.

Aufschlussreich sind die Kapitel Taktisches Vorgehen, Stakeholder, Risiken und Maßnahmenplan. Im März 2016 sollten demnach Forschungsaufträge an die ETH Zürich und Lausanne, an Wirtschaftsabteilungen der

Universitäten, an die Hochschule St. Gallen und an Rechtsprofessoren vergeben werden. Ziel wäre, die Probleme der unrentablen Atomkraft festzustellen und sie bekannt zu machen. Wenn aufgrund dieser Studien Medien bei Alpiq nachfragen, solle das Unternehmen sagen: „Leider stimmt die Expertenmeinung“.

Das Konzept sieht bereits vor, wie sich diese Experten äußern müssen, nämlich mit Aussagen wie „Wir sind echt besorgt!“ oder „Versorgung leidet, weil eigene Produktion leidet“ und vor allem mit der Aussage das alles sei „Nicht gut für die Schweiz!“ Es brauche nicht nur eine Studie, sondern eine hohe «Kadenz von Gutachten». Lobbyist Reber erwartet, dass er so über die Medien «Druck» auf die Politik ausüben kann.

Ab Juli sollten dann Kantone, Parteien und der Bundesrat dazu angeregt werden, Lösungen vorzuschlagen. „Problem durch Politik lösen lassen“, heißt das unter Lobbyisten. Die drei Parteien CVP, FDP und SP sollten je drei Varianten in die Debatte einwerfen. Parallel dazu lief die „weitere

Bewirtschaftung des Problems in den Medien“. Im September sollten „Notmaßnahmen“ als Vorstöße im Parlament lanciert werden, gefolgt von „einer Erhöhung des Problemdrucks und Druck zur Lösung“. Es gelte, Botschafter bei Verbänden und Politik aufzubauen. Zielführende Lösungen wären laut der Lobbyisten eine „Auffangeinrichtung für alle defizitären Produktionsanlagen“, eine „Bad Bank“ für Produktionsanlagen, die sich nicht rechnen“, ein „Vertrag, wo der Staat die Differenz zum Marktpreis zahlt“, oder gar eine vollständige „Aussetzung des Marktes“.

Vierversprechend könnte die Angst um Jobverluste eingesetzt werden, heißt es weiter: „Die zunehmende Entlassung in Unternehmen begünstigt die Diskussion über eine Rettung der Wasserkraft und Kernenergie durch den Staat dann, wenn die einzige Alternative zur Rettung ein Verlust an Arbeitsplätzen mit hohen sozialen Folgekosten für Kantone wäre.“

Als beeinflussbar wird auch die Presse dargestellt. „Medienvertreter werden nach einer kurzen Beschäftigung mit der Sache aufgrund der Komplexität auf Personen fokussieren“, wird aus dem Papier zitiert. Hier gelte es, eine Strategie zu entwickeln. „Wir brauchen bei den Leitmedien Supporter, die a) Politiker als Helden ins Zentrum stellen und b) die Branche thematisieren wollen – und nicht die Unternehmen.“ Erwähnt werden „Interviews in ‚Finanz & Wirtschaft‘, ‚Handelszeitung‘, ‚NZZ und ‚Tages-Anzeiger‘“. Mehrfach betont werde, dass nicht Alpiq als Treiber der Kampagne auftauche, weder bei politischen Vorstößen noch auf Drittplattformen, die instrumentalisiert werden. Entscheidend sei, dass „Alpiq aus der zweiten Reihe arbeitet!“, schreibt Reber. „Das Thema darf unter keinen Umständen zur Sache von Alpiq (CEO



Fukushima-Gedenken in Südkorea 2016

oder VR) werden – das würde die Erfolgchancen massiv schmälern.“ Es müsse gelingen, die Angelegenheit zu einem volkswirtschaftlichen Problem zu machen. Das Problem von Alpiq müsse von den Meinungsführern als „too big to fail“ eingestuft werden.

Als Problem gesehen wird, dass Alpiq unter dem Ruf als „Strombaron“ leide, ein „Stigma“, das politische Gegner nutzen, um Alpiq zu diskreditieren. Auch beklagt das Konzept denkbare „Sperrfeuer“ seitens Verbandsorganisationen und Think Tanks. Das Konzept empfiehlt, die „Energieversorgungsverbände müssten durch Alpiq und Axpo gesteuert werden.“ Die Wirtschaftsverbände, wie Economiesuisse müssten hingegen „neutralisiert“ werden, damit es „möglichst wenig Sperrfeuer“ gebe. „Kritisch und schwer einzubinden“ seien der liberale Think Tank Avenir Suisse und der Schweizerische Gewerbeverband.

Als einflussreiche politische Widersacher genannt werden die FDP („sie würde jeden staatlichen Eingriff ablehnen, Konkurs bevorzugen“) und die SVP („steht einer Verstaatlichung grundsätzlich skeptisch gegenüber“). Sollten die politischen Mehrheiten fehlen, so empfiehlt das Konzept,

„zuerst den Problemdruck steigern, Verbünde schaffen und Bereitschaft, auch einen Teil der Last zu tragen – Opfersymmetrie“. Sollte die Öffentlichkeit nicht rasch genug aufspringen, soll der „Problemdruck durch gezielte Maßnahmen“ in den Medien gesteigert werden, die Kadenz von Gutachten erhöht werden, „ohne unnötigen Alarmismus“.

Verbündete finden die Alpiq-Lobbyisten bei Personen von der CVP. Diese würden die „Lösung der Atomfrage befürworten, sofern dadurch die Versorgung gesichert“ sei. Helfen würde auch die SP, die „grundsätzlich die Lösung auf dem Wege einer Verstaatlichung“ stütze.

Man müsse damit drohen, „dass das schwächste Glied dann die Lösung übernehmen muss“, damit ist der „Bund als Summe aller Kantone“ gemeint. Der Druck müsse so groß werden, dass die „Meinungsträger“ zwar wählen dürften, „welchen Weg sie gehen wollen, nicht ob sie gehen wollen...“ Es gebe zwar keine Erfolgsgarantie, aber die Kombination aus hohem Problemdruck und einer unverschuldeten Situation „könnte eine Gemengelage ergeben, die politische Mehrheiten schafft“, und die tiefroten

Zahlen von Alpiq durch die Allgemeinheit saniert.

Analogien zu Kampagnen in Deutschland

Diese Vorgänge in der Schweiz erinnern stark an die Kampagnen der Atomlobby in Deutschland von 2008/09 [2], kommentiert Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group (EWG) und Autor des deutschen EEG Gesetzentwurfes, in einer Mitteilung vom 15. April 2016. „Der Atomausstieg war beschlossen, trotzdem titelten Zeitungen immer wieder, ohne Atom sei die Energiewende nicht machbar. Die Rufe nach einer Laufzeitverlängerung wurden lauter, 2010 wurde sie dann beschlossen. Was die wenigsten wissen: Es fand eine gezielte Kampagne mit dem Ziel ‚bis zur Bundestagswahl 2009 Grundstimmung pro Laufzeitverlängerung herstellen‘, bzw. ‚die politische-öffentliche Debatte um die Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke positiv beeinflussen‘ statt.“ Das geht aus zwei Kommunikationspapieren hervor, die der taz und Greenpeace zugespielt und im Auftrag des Atomforums erstellt worden waren. Auch hier sind sogenannte „Gefälligkeitsgutachten“ erstellt worden, wie es sie nun auch in der Schweiz geben soll. [3]

Es werde wieder einmal auf erschreckende Weise deutlich, so Fell, wie die Atomlobby versucht, den Ausstieg aus der Kernenergie mit atomfreundlichen Botschaften zu torpedieren. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis derartige Kampagnen auch in Deutschland wieder an die Bürger herangetragen werden. In diesem Zusammenhang machen zwei Berichte und ein atomfreundlicher Kommentar in der FAZ vom 15. April 2016 hellhörig. Darin wird Frankreich gelobt, die Entscheidung für den Teil-Atomausstieg zu verschieben und eine angeblich hohe Akzeptanz der Anwohner um den geplanten Atomneubau von Hinkley Point beschrieben. Offenbar arbeite die Atomlobby längst wieder an einer neuen Laufzeitverlängerung der Atomkraft auch in Deutschland. In dieses Bild passe auch, dass der Unionsfraktionsvorsitzende Kauder jüngst erst wieder in einem Brandbrief einen massiven Ausbaurückgang für die Windkraft gefordert hat. [4] Denn auch er wisse, dass mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien die deutschen, Schweizer und französischen AKW immer unwirtschaftlicher werden.

1. Dominik Feusi: Alpiq will "too big to fail" werden, Basler Zeitung 7.3.2016;

<http://bazonline.ch/schweiz/standard/alpiq-will-too-big-to-fail-werden/story/13803131>

Andreas Valda: Unrentable AKW – muss der Staat sie retten? Tagesanzeiger 8.3.2016;

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Unrentable-AKW--muss-der-Staat-sie-retten/story/14106024>

2. photovoltaikbüro Temus&Diehl GbR: Vom Hoffnungsträger zum Sündenbock, 13.6.2014;

<http://www.photovoltaikbüro.de/pv-buero-blog/vom-hoffnungstraeger-zum-suendenbock-teil-1/>

3. Martin Kaul und Sebastian Heiser: Die Geheimpapiere der Atomlobby, taz.blogs 28.10.2011; <http://blogs.taz.de/rechercheblog/2011/10/28/atomlobby/>

4. Kauder fordert Bremse bei Windenergie-Ausbau, Reuters 13.4.2016 <http://de.reuters.com/article/DEUSCHLAND-energie-wind-idDEKCN0XAIRP>

AKW-Sicherheit

Kontrollen in deutschen AKWs wurden nur vorgetäuscht

Im Atomkraftwerk Philippsburg 2 des Energiekonzerns EnBW in Baden-Württemberg sind Sicherheitskontrollen nur vorgetäuscht worden. Das gab das als Aufsichtsbehörde zuständige Umweltministerium in Baden-Württemberg am 14. April 2016 bekannt. Als Konsequenz hat der Stuttgarter Umweltminister dem Unternehmen nun den Betrieb des Meilers vorläufig untersagt.

Der Betreiber des AKW, das wegen einer turnusmäßigen Revision derzeit ohnehin nicht am Netz ist, musste im Zuge von Untersuchungen feststellen, daß ein Mitarbeiter eine wiederkehrende Prüfung an einem Störfallmonitor zwar in einem Prüfprotokoll dokumentiert, tatsächlich aber gar nicht durchgeführt hatte. Zudem wurden Kontrollen in acht weiteren Fällen nur vorgetäuscht und in 15 zusätzlichen Fällen nicht korrekt datiert. Wie die Nachforschungen ergeben haben, war der Angestellte über einen externen Dienstleister im Block 2 des Atomkraftwerks Philippsburg beschäftigt.

EnBW versucht unterdessen, die hohen Wogen etwas zu glätten und verweist darauf, daß die Funktionstüchtigkeit der Einrichtungen aber zu jeder Zeit gewährleistet gewesen sei. Der Versorger bekommt trotzdem Probleme mit dem Umweltministerium, das mit einer sogenannten aufsichtlichen Anordnung reagiert und vorläufig untersagt hat, das Kraftwerk wieder hochzufahren. Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis 90/Die Grünen): „Das ist hochgradig beunruhigend und nicht akzeptabel.“

Auch nach der Stellungnahme der EnBW Kernkraft GmbH im Rahmen einer Anhörung,

die am 18. April 2016 eingegangen ist, hält das Umweltministerium als Atomaufsichtsbehörde an seinem Standpunkt fest, daß das Kernkraftwerk Philippsburg, KKP 2, nicht ohne weiteres wieder in den regulären Betrieb gehen kann. Gemäß Paragraph 19 Absatz 3 des Atomgesetzes ist deshalb eine entsprechende Anordnung ergangen.

Das ist kein Einzelfall. In dem seit 2011 stillgelegten Atomkraftwerk Biblis (Bergstraße) sind Sicherheitskontrollen zur Radioaktivität ebenfalls vorgetäuscht und Prüfprotokolle gefälscht worden. Das teilte ein Sprecher der hessischen Umweltministerin Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) ebenfalls am 14. April 2016 auf Anfrage von hessenschau.de mit und bestätigte einen Bericht des Südwestrundfunks (SWR). Dem Ministerium als Aufsichtsbehörde des Landes zufolge wurden Kontrollen im AKW Biblis im letzten Quartal 2014 bis März 2015 zwar protokolliert, aber nicht durchgeführt.

Wie es in der Mitteilung des Ministeriums heißt, hatte ein im Bereich Strahlenschutz zuständiger Mitarbeiter Prüfungen „von unter anderem tragbaren und Labormessgeräten, Messungen im Kamin und von Dosimetern dokumentiert, aber sie nicht durchgeführt“. Diese Dokumentationen seien auffällig gewesen. Daraufhin erfolgten laut Ministerium weitergehende Recherchen durch den Kraftwerksbetreiber RWE und das Umweltministerium. Der für die Sicherheitsprüfungen zuständigen Mitarbeiter sei entlassen worden. Eine sicherheits- und strahlenschutztechnische Gefährdung habe aber „umgehend ausgeschlossen und die Prüfungen ordnungsgemäß nachgeholt werden“ können.

Bekannt wurden dem hessischen Umweltministerium die vorgetäuschten Sicherheitsprüfungen nach eigenen Angaben im Mai 2015. Die Öffentlichkeit erfuhr davon erst am 14. April 2016, knapp ein Jahr später, als der badenwürttembergische Umweltminister Franz Untersteller dem SWR davon berichtete. Untersteller sagte, der Fall sei erst wenige Tagen zuvor im Bund-Länder-Ausschuss diskutiert worden.

Auf Nachfrage von hessenschau.de, weshalb das hessische Umweltministerium die Öffentlichkeit nicht über die Vorfälle in Biblis informiert habe, antwortete ein Ministeriumssprecher, es habe sich nicht um meldepflichtige Ereignisse gehandelt.

Wie das Bundesamt für Strahlenschutz erläuterte, müssen laut Atomgesetz von Kernkraftbetreibern „Unfälle, Störfälle oder sonstige für die kerntechnische Sicherheit bedeutsame Ereignisse“ den Aufsichtsbehörden der Bundesländer gemeldet werden. Auch die Öffentlichkeit wird über diese meldepflichtigen Ereignisse informiert.

In ersten Reaktionen kritisierten Oppositionspolitiker von SPD und Linkspartei im Landtag Umweltministerin Hinz. Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Timon Gremmels, schrieb auf Twitter, eine rechtzeitige Information der Obleute im Hessischen Landtag durch Hinz wäre das Mindeste. „Sollte Panne verschleiert werden?“

Zu den gefälschten Sicherheitskontrollen in Philippsburg und Biblis erklärte Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt: „Wenn solche Manipulationen erst durch Zufälle herauskommen, dann müssen wir davon ausgehen, dass es sich nur um die Spitze des Eisbergs handelt. In den angeblich so sicheren deutschen Atomkraftwerken sind Schlamperien offensichtlich an der